



⇒ David Salomon

Repräsentation, Organisation und Demokratie. Philip Manow untersucht die paradoxe (Ent-) Demokratisierung der Demokratie

Im Zentrum von Philip Manows Essay *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie* steht ein paradoxer Befund. Die im Titel zusammengeführten gegenläufigen Tendenzen von *Demokratisierung* und *Entdemokratisierung* erscheinen Manow nicht als alternative Möglichkeiten der weiteren Entwicklung demokratischer politischer Systeme, sondern als zwei Seiten derselben Medaille (vgl. 13, 23). So betont er einerseits, die gegenwärtig zu beobachtende »Krise der Repräsentation« sei zunächst »eine Konsequenz der *massiven Ausweitung* politischer Partizipationschancen«: »Die Demokratie ist also ›demokratischer‹ geworden, sie hat sich demokratisiert [...]« (13) »Andererseits« sei jedoch »nicht zu übersehen, dass sich Befunde eines *backsliding* und einer *democratic recession* häufen, uns in wachsender Zahl Berichte über die zunehmende Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte und über den Rückfall in autoritäre Verhältnisse und politische Repression erreichen [...]« (15). Als paradox beurteilt Manow in der Gesamtschau beider Tendenzen, »dass der Demokratie vor allem von der Demokratie Gefahr zu drohen scheint, weil sie immer häufiger ›im Namen der Demokratie‹ angegriffen wird« (15).

Gerade auch die neuen populistischen Bewegungen, die vielen als Gefährdung der Demokratie erscheinen, treten, wie Manow herausstellt, keineswegs als erklärte Gegner der Demokratie auf: »Ganz im Gegenteil: Sie geben vor, in ihrem Namen anzutreten.« (15) Da gerade (auch) populistische Kräfte häufig die Ausweitung von Partizipationsrechten fordern und gegen etablierte Repräsentativverfahren polemisieren, verkörpern sie für Manow beide Seiten der Paradoxie demokratischer Systeme in der Gegenwart: Sie sind gleichermaßen Ausdruck des Rufs nach »mehr Demokratie« wie Motor einer Polarisierung,

in der die Demokratie nicht (bloß) Arena des Kampfes um unterschiedliche Politiken ist, sondern selbst zum Zankapfel zweier konkurrierender Demokratieverständnisse wird. »Das erste

Philip Manow (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin: Suhrkamp. 215 S., ISBN 978-3-518-12753-7, EUR 16,00.

DOI: 10.18156/eug-1-2021-rez-9

nimmt den Begriff wörtlich: Demokratie ist Herrschaft des Volkes. Demokratisierung bedeutet dann Ausweitung politischer Partizipation bzw. politischer Partizipationschancen. Das zweite stellt auf den regelkonformen, durch Wahlen veranlassten Machtwechsel ab. Entdemokratisierung meint dann den drohenden Regelbruch bzw. die Paralyse, die einsetzt, wenn im Schatten eines solchen für möglich gehaltenen Regelbruchs nur noch *über die*, aber nicht mehr *innerhalb der* Demokratie gestritten wird.« (171, Herv. i.O.) Manows Band ist vor dem so genannten ›Sturm auf das Capitol‹ in Washington DC erschienen. Gleichwohl rekurriert er dort, wo von befürchteten Brüchen der geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze die Rede ist, auf Donald Trump. Die Frage, ob Trump eine mögliche Abwahl akzeptieren würde oder nicht, wurde schon vor Drucklegung des Bandes hitzig diskutiert.

Bei seinem Versuch, die Übergänge und Verwicklungen von Demokratie und Autoritarismus auszuloten, wendet sich Manow zunächst der von ihm diagnostizierten »Krise der Repräsentation« zu. Dass Manow diese Krise als einen Ausdruck der »Demokratisierung der Demokratie« deutet, ist zunächst verwirrend – dient die Rede von einer »Krise der politischen Repräsentation« (Klages 2008) doch üblicherweise dazu, einen Zustand zu benennen, in dem Klasseninteressen von unten zunehmend nicht mehr in den Arenen politischer Entscheidungsfindung repräsentiert seien. Repräsentationskrise und Partizipationskrise (vgl. Deppe 2008, 9) erscheinen in dieser Perspektive komplementär. Für Manow besteht zwischen Repräsentation und Partizipation hingegen ein Gegensatz. Die hinter dieser Begriffs- und Verhältnisbestimmung stehende These erweist sich als zentral für seine Gesamtargumentation.

Politische Repräsentation versteht Manow in erster Linie als Delegations- und Abwehrmechanismus. Die Diagnose einer Krise der Repräsentation führt ihn daher folgerichtig auf das Gleis eines ideengeschichtlichen Exkurses zum Konzept jenes ›Pöbels‹, den es in den Augen beinahe aller Vordenker der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates von politischen Entscheidungsgremien fernzuhalten galt. Zunächst war die Konstruktion des Schreckensbildes einer drohenden Tyrannei des niederen Volkes geeignet, die Demokratie als Ganze abzuwehren. Als dies im Kontext der Revolutionen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zunehmend weniger gelang, verschob sich das Ziel: Demokratie sollte nun nicht mehr verhindert, sondern modifiziert werden. Im Kern ging es dabei um Vorkehrungen, die den Einfluss der unteren Klassen *innerhalb* demokratisch verfasster politi-

scher Systeme mindern sollten. In diesem Kontext hört Manow, historisch durchaus zu Recht, die Stunde der Repräsentation schlagen: »Demokratische Repräsentation war [...] ursprünglich die Lösung eines Problems, das ›Pöbel‹ oder ›Menge‹ heißt.« (37) Zugleich mit der Kür von *Repräsentanten* sei so auch die »Unterscheidung [...] zwischen Repräsentierbarem und Nicht-Repräsentierbarem« (37) vollzogen worden. Den Pöbel auszuschließen bedeutete zugleich, bestimmte Forderungen – insbesondere solche nach Eingriffen in die Eigentumsordnung – abzuwehren. Repräsentationslücken erscheinen in dieser Rekonstruktion nicht als Zeichen von Dysfunktionalität, sondern sind im Gegenteil gewollt. Repräsentation in diesem Sinne bezweckt es, zugespitzt formuliert, gerade solche Lücken zu erzeugen (vgl. 37).

Äußerst erhellend sind die Passagen, in denen Manow herausarbeitet, dass die so entworfene Repräsentation neben dem personifizierten Abstand zwischen Repräsentanten und Repräsentierten auch den begrifflichen Abstand zwischen ›Volk‹ oder ›Nation‹ auf der einen, ›Pöbel‹, ›Menge‹ oder ›Masse‹ auf der anderen Seite produziert: »Damit das Volk regieren kann, muss die Menge ausgeschlossen werden.« (45) Repräsentation erscheint demgemäß als »Läuterungsprinzip«, das die »Reinheit der Bedeutung« von »Volk« allererst herstellt: »Im Begriff des Volkes wurde damit eine normative Größe installiert, durch die sich Ansprüche abweisen lassen, weil sie die Form ihrer Anerkennung verfehlen.« (47) Es ist diese Begründungsfigur, die Manow als »Repression by Representation« bezeichnet (45).

Selbstverständlich bleibt auch bei Manow das Prinzip der Repräsentation insofern doppeldeutig, als es – zumindest unter den Bedingungen eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts – Einschluss und Ausschluss zugleich bedeutet. Und doch bleibt der Eindruck, dass Manow die Ambivalenzen des Repräsentationsbegriffs zu wenig ausleuchtet und dessen Bedeutung zu einseitig auslegt. Als Gegenmodell zur Exklusion bezweckenden Repräsentation bleibt so nur *unmittelbare* Artikulation der Menge, oder wie es bei Manow heißt: »Die Entgegensetzung zwischen falscher und richtiger Demokratie ist vielleicht gar nicht in erster Linie eine Unterscheidung zwischen liberaler und illiberaler Demokratie, sondern verweist vielmehr auf den Konflikt zwischen Repräsentation und Präsenz, Einschluss und Ausschluss.« (55, vgl. auch 51f.) Es ist hervorzuheben, dass Manow diesen Gegensatz nicht in der üblichen, wenig originellen und wenig fruchtbaren Weise verhandelt, in der sich nun Reflexionen zu ›repräsentativer‹ und ›direkter‹ Demokratie anschließen würden. Volksabstimmungen,

Volksbegehren und Plebiszite als hoffnungsbeladene Alternativverfahren zur Ergänzung, Korrektur und/oder Flankierung des Parlamentarismus spielen in seinem Band (erfreulicherweise) keine Rolle. Die Debatte um Repräsentation und ›Präsenz‹ behält so die Wucht, die ihr von den Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts her eigen ist.

Manow betont, dass der moderne Pöbeldiskurs auf aporetische Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft und ihre (letztlich immer bloß konjunkturelle und daher mangelhafte) Integrationsfähigkeit in den kapitalistischen Produktionsprozess verweist: »Die Abwertung des Pöbels als außerhalb der Ehre der Arbeit stehend lässt [...] nur die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft manifest werden und verdichtet sich schließlich zur politischen Bedrohung. Die bürgerliche Gesellschaft beruht auf Arbeit, kann sie aber nicht jedem bieten.« (41) Es ist freilich genau diese Widersprüchlichkeit, die auch ein wesentlicher Ausgangspunkt der Marxschen Klassentheorie ist. Es ist daher überraschend, wenn Manow bei Marx letztlich eine bloße Fortsetzung der bürgerlichen Konzeption einer Integration durch Lohnarbeit vermutet: »Da sich die gesamte Gesellschaft um die ›Sonne der Arbeit‹ dreht, drehen soll, sind diejenigen, die nicht arbeiten (wollen), auch hier eine bleibende Provokation. Das Proletariat ist die *allgemeine* Klasse. Daraus leitet es seinen Herrschaftsanspruch ab (oder, präziser: daraus wird sein Anspruch von Intellektuellen abgeleitet). Das Lumpenproletariat jedoch, aus dem Zusammenhang der Arbeit herausfallend, ohne jegliches politisches Bewusstsein, das sich nur ein ›paar flotte Tage machen will‹ (Engels), ist tendenziell konterrevolutionär.« (44, Herv. i.O.) Manow – darin freilich kein Einzelfall – verfehlt die Problemwelt der Marxschen Theorie insbesondere dort, wo er die soziale Lage des Pauperismus mit dem polemischen Begriff des ›Lumpenproletariats‹ kurzschließt (41f.). Um zum ›Lumpenproletariat‹ zu gehören, muss man keineswegs besonders arm oder ein Pauper sein: Es soll bekanntlich auch erfolgreiche Türsteher, Hütchenspieler, Taschendiebe, abhängig beschäftigte Drogenhändler usw. geben – mitunter auch mit Aufstiegschancen. Umgekehrt sind Marx und Engels weit davon entfernt, den Pauperismus als Schmähwort zu gebrauchen oder zu leugnen, dass im Proletariat die Übergänge von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit und Pauperismus fließend sein können.

Ähnlich verkürzt ist auch Manows Interpretation, Bauern seien bei Marx »gar keine Klasse – nur eine ›Addition gleichnamiger Größen‹, ›unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen (...) geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden.«

[Marx] Aber wie will man einen ›Sack Kartoffeln‹ repräsentieren?« (44f.)¹ Manow entgeht hier nicht nur, dass Marx in seiner Schrift *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, der die von ihm angeführten Zitate entstammen, keineswegs über Bauern im Allgemeinen spricht, sondern sehr konkret über jene französischen Kleinbauern, die – teils schon während des Absolutismus, verstärkt jedoch seit der Revolution – aus der Erbmasse der einstigen großen Landgüter hervorgegangen waren. Klassentheoretisch wurden Marx' Ausführungen insbesondere deshalb bedeutsam, weil er in diesem »Parzellenbauerntum« eine Klassenlage ausmacht, die nicht fähig ist, ein Klassenbewusstsein hervorzubringen bzw. sich so zu organisieren, dass ein Klassenhandeln möglich wird. Die Frage, wie diese lose Zusammengehörigkeit (»Kartoffelsack«) der französischen »Parzellenbauern« repräsentiert werden kann, bleibt bei Marx übrigens keineswegs unbeantwortet, sondern ist im Gegenteil ein zentrales Element seiner Argumentation: Nach Marx bilden diese Kleinbauern die soziale Basis des neuen Bonapartismus: Sie inkarnieren sich *politisch* in Napoleon III. (vgl. Marx 1960, 198).

Die in diesen Verkürzungen zu Tage tretende Problematik ist keineswegs rein philologischer Natur. Vielmehr zeigt sich hier ein systematisches Problem der Argumentation. Manow unterschätzt die über Wahlakte hinausgehende Bedeutung *kollektiver Organisation* in der repräsentativen Demokratie. Dies zeigt sich insbesondere in jenen Passagen, in denen er sich politischen Parteien zuwendet: »Im Zentrum der verfassungsrechtlich relativ klar umrissenen demokratischen Systeme mit ihren jeweils formal definierten Rollen und Zuständigkeiten von Regierung und Parlament, von Exekutive und Legislative agiert ein hochgradig informeller, sich weitgehend selbst programmierender (endogener), wesentlich extrakonstitutioneller Akteur, der ›alles zusammenhält‹ – der die Politik formuliert und zugleich die parlamentarische und elektorale Unterstützung für sie organisiert und mobilisiert. Er verbindet die elektorale, die legislative und die exekutive Arena. Ohne ihn könnte demokratische Repräsentation nicht funktionieren, weil er derjenige ist, der beständig die Verbindungen herstellt zwischen Öffentlichkeit, parlamentarischen Mehrheiten und exekutivem Handeln.« (66) So unbezweifelbar zutreffend diese Funktionsbeschreibungen sind, so auffällig ist, dass eine Funktion ungenannt bleibt, die politischen Parteien für gewöhnlich zugesprochen wird: die Funktion der politischen Willensbildung. In der Bundesrepublik, in der sie schon deshalb übrigens keineswegs »wesentlich extrakonstitutio-

(1) Die Auslassung in runden Klammern stammt von Manow.

nell« sind, wird den Parteien sogar im Grundgesetz die Aufgabe gestellt, zur politischen Willensbildung beizutragen (Art. 21). In dieser Willensbildungsfunktion liegt weitaus mehr beschlossen als die Organisation elektoraler Unterstützung oder die Moderation zwischen Staatsapparat und politischer Öffentlichkeit. Auch wenn es in der Bundesrepublik durch das Konzept der Volkspartei ein wenig in den Hintergrund getreten sein mag, besteht die Rolle der Parteien (aber z.T. auch anderer Organisationen wie Verbänden und Gewerkschaften) klassischerweise gerade darin, die Öffentlichkeit zu fraktionieren und kollektive Interessen zu organisieren. Die Frage, was repräsentiert werden muss oder ignoriert werden kann, hängt nicht zuletzt mit der Schlagkraft oder Ohnmacht dieser Organisationen zusammen. Hier wird entschieden, ob es gelingt, den ›Pöbel« aus repräsentativen Institutionen fernzuhalten oder ob im Gegenteil die Schließung von Repräsentationslücken erkämpft werden kann.

Erst vor dem Hintergrund der organisierenden, intermediären Rolle politischer Parteien (und anderer Organisationen) enthüllt sich die ganze Bedeutung des von Manow zitierten Satzes Peter Mairs, wonach »[die] populistische Demokratie« dazu tendiere, »zur parteienlosen Demokratie zu werden« (zit. n. 69). Völlig zu Recht paraphrasiert Manow ihn dahingehend, dass »die parteienlose Demokratie eine Tendenz dazu [hat], populistisch zu werden« (69f.). Gleiches freilich gilt auch für gewerkschaftslose oder verbandslose Demokratien. So unterscheidet sich der Begriff des Populismus freilich kaum mehr von einem Bonapartismus, der in der Lage ist, einem ›Kartoffelsack« zu suggerieren, sein Inhalt sei durch nationale Merkmalsgleichheit geeint; und der dies gerade deshalb kann, weil er alles Plurale, Antagonistische und Konträre, kurz: jede Form der ›intermediären‹ Interessenartikulation und -organisation denunziert und durch akklamative Anrufungen an eine Masse aus Individuen ersetzt (vgl. hierzu Losurdo 2008; Wagner 2011). Das hier auftretende Paradox liegt darin, dass die Polemik gegen intermediäre Repräsentativorgane gerade durch ihr Unmittelbarkeitsgehabe einen *absoluten* Repräsentanten hervorbringen kann, der im Namen der Menge und des Volkes seinen Mummenschanz als Kaiser, Sultan oder Eigentümer eines exklusiven Golf-Resorts in Florida treiben kann.

Die ›Krise der Repräsentation‹ ist auch eine Krise der politischen Organisation und Willensbildung. Dabei lassen sich gerade auch subalterne Klasseninteressen durch dergestalt ›populistische‹ oder ›bonapartistische‹ Unmittelbarkeits- und Präsenzphantasien paralysieren. Wenn Parteien – wie Manow zu Recht feststellt – zunehmend dazu

übergehen, bei der Auswahl ihres Führungspersonals ›die Basis‹ zu mobilisieren, so erscheint dies nicht deshalb problematisch, weil sich »Selektorat und gesamtgesellschaftliches Elektorat« (83) notwendig unterscheiden, sondern weil sie politische Organisations- und Bildungsarbeit zunehmend durch Meinungsabfrage ersetzen. Nur insofern man ein derart loses Verhältnis zwischen Parteiapparat und Mitgliedschaft für demokratisch hält, ist der Satz richtig, dass »die Demokratie [...] Schaden« nimmt, »wenn auch Parteien [...] durch und durch demokratisch verfasst« sind (84).

Es ist hervorzuheben, dass Manow den Populismusbegriff nicht im Sinne einer abgemilderten Extremismustheorie verwendet, die einen Linkspopulismus und einen Rechtspopulismus kennt, die so genannte ›liberale Mitte‹ hingegen a priori von jedem Verdacht freispricht. Es ist daher durchaus einleuchtend, dass er in der Diskussion von Fallbeispielen nicht nur auf Donald Trump und Jeremy Corbyn zu sprechen kommt, sondern Emmanuel Macron – nicht zufällig Präsident im Stammland des Bonapartismus – in seine Betrachtung mit einbezieht. Allen drei Beispielen gemein sei die Mobilisierung einer Basisbewegung zur Entmachtung des bisherigen Parteiestablishments bzw. – im Fall Macrons – zur Infragestellung des gesamten bisherigen Parteiensystems. Gerade vor dem Hintergrund *gesellschaftlicher* Organisations- und Willensbildungsfragen erweisen sich die »strukturelle[n] Ähnlichkeiten« (84), die Manow insbesondere zwischen Trump und Corbyn ausmacht, allerdings als überschätzt. Wo Corbyns Kampf um die Labour-Party im Kern ein programmatischer Grundsatzkonflikt um die Wiederherstellung einer klassisch-sozialdemokratischen politischen Kraft im britischen Parteienspektrum war, handelte es sich bei Trump letztlich um die personenbezogene Übernahme einer schon während der Obama-Jahre teilweise stark nach rechts verschobenen republikanischen Partei. Mit Macron hingegen betrat ein dezidiert (neo-)liberaler Akteur die politische Bühne in Frankreich, wobei es ihm – trotz weitverbreiteter Skepsis gegen den von ihm verkörperten liberalen Bonapartismus – gelang, Honig aus der negativen Mobilisierung gegen die Kandidatin der extremen Rechten, Marine LePen, zu saugen. Manow bestreitet freilich nicht, dass Basismobilisierungen Teil gänzlich unterschiedlicher Politiken sein können. Sie können aber auch gänzlich unterschiedliche Funktionen im organisationspolitischen Konflikt um die Zukunft politischer Parteien übernehmen.

Die Tendenz zur (wie immer scheinbaren) Inklusivität politischer Partizipationsangebote, die Manow als »Krise der Repräsentation« deutet, begünstigt zugleich eine Tendenz der Entdemokratisierung durch

die Depolitisierung von Sachfragen: »Ist die demokratische Inklusion mehr oder weniger vollständig gewährt, gewinnt eine andere Lösungsmöglichkeit an Bedeutung: die Depolitisierung von Entscheidungsfragen, ihre Herausnahme aus dem Bereich demokratischer Verfügung: durch Verrechtlichung, durch Konstitutionalisierung, durch Delegation an nichtmajoritäre Institutionen etc. – und durch Globalisierung bzw. Europäisierung (durch die Internationalisierung des Rechts und der Wirtschaft [...]).« (54f.) Im Kern schließt Manow hier zu jener These eines »Neuen Konstitutionalismus« auf, den der kanadische Politikwissenschaftler Stephen Gill in den frühen 2000er-Jahren als Tendenz beschrieb – und auch bereits auf die europäische Union bezog (Gill 2000). Die Übertragung bestimmter – nicht zuletzt wirtschaftspolitisch virulenter – Entscheidungen auf eine nächsthöhere Ebene in politischen Mehrebenensystemen produziert jene Rechtslagen, die schließlich als Sachzwang auf nationalstaatliche Politik zurückwirken und den rechtlichen Rahmen von postulierter Alternativlosigkeit bilden. Eine Ironie besteht freilich darin, dass auch jene Nationalstaaten, die selbst als Motor der Delegation von Zuständigkeiten gewirkt haben, plötzlich als ›Opfer‹ höherer Gewalten erscheinen. Für Gill ist dies ein Politikmodus, in dem eine neoliberale Wirtschaftspolitik gegen Bedrohungen durch den einzelstaatlich gebliebenen Volkssouverän abgesichert werden konnte. In ähnlichem Sinne führt auch Manow aus: »Lässt sich in der vollständig demokratisierten Demokratie nicht mehr einschränken, wer mitentscheidet, dann lässt sich zumindest beschränken, was demokratisch zu entscheiden ist – das ist die grundlegende Dialektik von Demokratisierung und Entdemokratisierung der Demokratie. Der Populismus taucht episodisch an den Bruchlinien auf, die die Verschiebungen zwischen diesen beiden Prozessen erzeugen.« (54f.; Herv. i.O.) Problematisch erscheint hier Manows These, »dass die Demokratie antiuniversalistisch ist und sein muss beziehungsweise dass der Universalismus antidemokratisch ist und sein muss« (25). Im Grunde wird durch sie der programmatische Frage nach einer alternativen Weltwirtschaftsordnung der Boden entzogen.

Manows Überlegungen zur »(Ent-)Demokratisierung der Demokratie« sind instruktiv und anregend – gerade auch dort, wo sie Widerspruch provozieren. Bereits zu Beginn dieser Rezension wurde darauf verwiesen, dass Manow im Übergang eines Streits innerhalb der Demokratie in einen Konflikt um die Demokratie eine zentrale Dimension ihrer »Entdemokratisierung« ausmacht: »Das Argument, eine ›illiberale Demokratie‹ (Viktor Orbán) sei überhaupt keine Demokratie, ist sehr überzeugend (Müller). Aber das Argument, dass der Liberalis-

mus in vielen seiner heutigen Ausprägungen undemokratisch geworden ist, ist es nicht weniger. Wir müssen beides betrachten, wenn wir von der Krise der Demokratie sprechen, sowohl ›dass gewisse vermeintlich demokratische Kräfte die Rechtsstaatlichkeit untergraben‹ wie auch, dass ›gleichzeitig gewisse vermeintlich liberale Kräfte die Volkssouveränität aushöhlen‹ (Mor).«² (17f.) In der Zusammenschau zeige sich das Dilemma konkurrierender, ja geradezu feindlicher Demokratiekonzeptionen: »Unsere paradoxe Situation sieht die Demokratie gegen die Demokratie antreten, die direkte gegen die repräsentative Demokratie, die ›illiberale‹ gegen die liberale Demokratie, vielleicht auch: ›the people vs. democracy‹.« (22)

Mit guten Gründen lässt sich dieses Problem jedoch auch anders akzentuieren. Gerade weil sich – hinsichtlich ihrer Vorstellungen zu gesellschaftlichen Klassenorganisationen und dem strukturellen Streit um alternative Eigentumsverhältnisse – liberale und ›illiberale‹ Demokratiemodelle gar nicht so unähnlich sind, wird ihr Streit um die Demokratie zum Scheingefecht, das – ganz in der Tradition der Abwehr des ›Pöbels‹ oder seiner bonapartistischen Integration – letztlich andere Konflikte um die künftige Gestalt der Demokratie verdrängt: Erst eine Erweiterung der liberalen zur sozialen Demokratie würde ihre wirkliche Demokratisierung ermöglichen.

(2) Manow bezieht sich hier auf Schriften von Jan-Werner Müller und Shany Mor.

⇒ Literaturverzeichnis

Deppe, Frank (2008): Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus, in: Deppe, Frank / Schmitthenner, Horst / Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg: VSA, 10–45.

Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, München: Westfälisches Dampfboot, 23–50.

Klages, Johanna (2008): Demokratische Kräfte und die Krise der politischen Repräsentation, in: Deppe, Frank / Schmitthenner, Horst / Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg: VSA, 46–50.

Losurdo, Domenico (2008): Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts, Köln: PapyRossa.

Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Ders. / Friedrich Engels Werke (MEW) Bd. 7, Berlin 1960, 111–207.

Wagner, Thomas (2011): Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus, Köln: PapyRossa.

David Salomon, *1979, Dr. phil., leitet z.Zt. gemeinsam mit Dirk Jörke und Oliver Eberl das von der Gerda Henkel Stiftung geförderte Projekt »Der Blick nach unten: Soziale Konflikte in der Ideengeschichte der Demokratie« an der TU Darmstadt (salomon@pg.tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Salomon David (2021): Rezension: Repräsentation, Organisation und Demokratie. Philip Manow untersucht die paradoxe (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. (Ethik und Gesellschaft 1/2021: Pandemie-Nach-Denken). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-9> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für soziaethik

1/2021: Pandemie-Nach-Denken

Gregor Buß: Blinde sehen – Lahme gehen – Stumme reden. Sozialethische Lehren aus der Corona-Pandemie auf dem afrikanischen Kontinent

Jürgen P. Rinderspacher: Zeitliche Herausforderungen und neue Zeiterfahrungen in der Corona-Krise

Sarah Jäger: A woman's work is never done?! Care-Arbeit und Geschlecht in der Coronapandemie aus evangelisch-theologischer Perspektive

Stephan Rixen: Die »Bundesnotbremse« – Überlegungen zur verhältnismäßigen Beschränkung von Grundrechten

Julius Heinicke: Politisch abhängig, doch lebensnotwendig: Kulturpolitische Beobachtungen der Kunstlandschaft in Zeiten der Krise

Urban Wiesing, Daniel Becker, Philip Hahn, Henning Tümmers, Christoph Dominik Blum: Wissenschaftliche (Politik-)Beratung in Zeiten von Corona: Die Stellungnahmen der Leopoldina zur Covid-19-Pandemie